

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 886 846 ppbn d

## Inhalt

Dr. Hermann Scheer MdB,  
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, zur Fusion von Krauss-Maffei und MBB: Wörner handelt verantwortungslos.

Seite 1

Karsten D. Voigt, Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages, zur veränderten Position der Union gegenüber den Weltraum-Rüstungsplänen der USA: Auf dem Weg zur Mitäterschaft. Seite 3

Ulf Skirke, Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, fordert in einer Nachbetrachtung zu Buschhaus: Umwelt- gegen Wirtschaftsinteressen durchsetzen. Seite 5

39. Jahrgang / 152

9. August 1984

Wörner handelt verantwortungslos

Zur Fusion der Rüstungsriesen Krauss-Maffei und MBB

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Nahezu unbemerkt von der politischen Öffentlichkeit vollzieht sich gegenwärtig eine schwerwiegende Unternehmensfusion in der deutschen Rüstungsindustrie, deren politische Konsequenzen kaum abzusehen sind: die Übernahme des Panzerherstellers Krauss-Maffei durch den MBB-Konzern. Offensichtlich wird diese Zusammenführung von Bundesverteidigungsminister Wörner gefördert, seit dieser befürchten mußte, daß ansonsten Krauss-Maffei an ein ausländisches Unternehmen veräußert wird. Bevor dieser Vorgang endgültig ist, wird es notwendig sein, daß sich nach der Sommerpause der Verteidigungsausschuß des Bundestages damit befaßt.

Es ist politisch nicht tragbar, diesen Vorgang als einen rein privatwirtschaftlichen zu betrachten: Sowohl MBB als auch Krauss-Maffei haben einen so hohen Anteil an Rüstungsaufträgen der Bundeswehr, daß Staat und Öffentlichkeit ein Veto bei derart gravierenden Veränderungen der deutschen Rüstungsindustrie einlegen müssen. Je mehr sich die Rüstungsindustrie monopolisiert, desto größer ist die



Gefahr einer einseitigen Einflußnahme auf politische Entscheidungen sowohl auf die Beschaffungspolitik der Bundeswehr als auch auf den Rüstungsexport.

Und je mehr sich ein Großunternehmen auf die Produktion von Rüstungsgütern konzentriert, desto größer wird der dann mit dem Erhalt von Kapazitäten und Arbeitsplätzen begründete Druck auf neue Rüstungsprojekte, selbst wenn diese militärisch fragwürdig oder unnötig sind - und desto geringer werden auch die Chancen einer Umwandlung der Produktionspalette eines solchen Unternehmens von Rüstungsgütern auf zivile Güter (Rüstungskonversion). Die Übernahme von Krauss-Maffei durch MBB vergrößert die Gefahr, daß demnächst neue Flugzeug- und Panzergenerationen eingeführt werden und zugleich der Druck für mehr Rüstungsexporte erheblich steigt, ohne daß noch nach dem militärischen Sinn oder nach Alternativen gefragt wird.

Deshalb ist die Übernahme von Krauss-Maffei durch MBB äußerst problematisch und abzulehnen. Die aktive Förderung dieses Vorgangs durch Wörner ist kurzsichtig und verantwortungslos - wie sehr, zeigt sich bereits daran, daß der Verteidigungsminister keine Angaben machen kann, wie er neue Flugzeug- und Panzergenerationen als Ersatz für gerade eingeführte und hochmoderne Systeme bezahlen kann. So richtig es ist, daß auch eine Veräußerung von Krauss-Maffei an ein ausländisches Unternehmen zu verhindern ist, so sehr müssen politisch andere Wege als gegenwärtig geplant versucht werden: die Eingliederung von Krauss-Maffei in ein deutsches Unternehmen, das überwiegend zivile Produkte herstellt.

Allein auf diesem Wege läßt sich die Abhängigkeit von Krauss-Maffei (gegenwärtig über 80 Prozent Rüstungsproduktion) von Rüstungsgütern abbauen, so daß es Zug um Zug auf zivile Produktionen umgestellt werden kann. Die Position der Bundesregierung als Hauptabnehmer der Produktion von Krauss-Maffei ist stark genug, um einen entsprechenden Einfluß geltend machen zu können. Sofern sich kein privates deutsches Unternehmen zur Übernahme von Krauss-Maffei findet, müßte versucht werden, dieses Unternehmen von einem bundeseigenen Unternehmen aufzukaufen, also Krauss-Maffei auf diesem Wege zu verstaatlichen.

(-/9.8.1984/va-he/rs)

+ + +



Auf dem Weg zur Mittäterschaft

Die Union hat ihre Ablehnung der US-Pläne zur Militarisierung des Weltraums aufgegeben

Von Karsten D. Voigt MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Die SPD-Bundestagsfraktion wird im Herbst dieses Jahres durch eine parlamentarische Initiative die Bundesregierung zwingen, endlich eine eindeutige Position für oder gegen die Pläne der Reagan-Administration zur Rüstung im Weltraum zu beziehen. Die Auffassung der SPD ist klar: Die SPD setzt sich für eine Entmilitarisierung des Weltraums und insbesondere für eine völkerrechtlich verbindliche Achtung von Antisatellitenwaffen und Antiraketensystemen ein.

Eine parlamentarische Initiative der SPD in diesem Herbst ist deshalb erforderlich geworden, weil nach anfänglichen Einwänden von Bundesaußenminister Genscher und Bundesverteidigungsminister Wörner gegen die Pläne der Reagan-Administration diese kritischen Stimmen aus der Regierung jetzt zunehmend verstummt sind. Statt dessen fordert der Abrüstungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Todenhöfer, jetzt eine "direkte Beteiligung unserer Wissenschaftler" an den Forschungsarbeiten über "Weltverteidigungswaffen". Dies ist der Schritt der CDU/CSU von der Ablehnung der Weltraumrüstung zur Mittäterschaft an der Militarisierung des Weltraums. Dieser Entwicklung wird sich die SPD entgegenstellen.

Auch in den Vereinigten Staaten selbst wächst die Kritik an den Plänen von Präsident Reagan. Im Wahlprogramm der Demokratischen Partei der Vereinigten Staaten für die Präsidentschaftswahlen in diesem Jahr heißt es:

"Wir stehen heute an einem der entscheidendsten Kreuzwege im Wettrüsten seit der Explosion der ersten Atombombe. Reagan möchte die Himmel für die Kriegsführung öffnen. Sein Vorschlag für den Krieg der Sterne würde einen verwundbaren und provokativen 'Schild' schaffen, der unsere Nation in ein falsches Gefühl der Sicherheit wiegen würde. Er würde unsere Verbündeten zu der Annahme führen, daß wir uns von ihrer Verteidigung zurückzögen. Er würde das Ende des ABM-Vertrages bedeuten - des erfolgreichsten Rüstungskontrollvertrages in der Geschichte - und dieses Billionen-Dollar-Programm würde ein gefährliches offensives und defensives Wettrüsten hervorrufen."

Wir Sozialdemokraten können jeden Satz dieser programmatischen Aussage der Demokratischen Partei der USA unterstützen.

Auch in der Bundesrepublik wächst der Widerspruch gegen die Pläne zur Militarisierung des Weltraumes. In einer Göttinger Erklärung haben vor kurzem Naturwissenschaftler einen "Vertrag zur Begrenzung der militärischen Nutzung des Weltraums" vorgelegt. Dieser Vertrag wird in seinen wesentlichen Punkten in die für den Herbst geplante parlamentarische Initiative der SPD-Bundestagsfraktion Eingang finden. (9.8.1984/bgy/rs)

+ + +



Ein Nachtrag zu Buschhaus  
-----

Sozialpartnerschaft mit der Umwelt gegen Wirtschaftsinteressen durchsetzen

Von Ulf Skirke

Bundesvorsitzender der Jungsozialisten

Noch vor den Grünen und der SPD verabschiedete der DGB 1974 (!) sein "Umweltprogramm".  
Dort heißt es:

"Die Arbeitnehmer müssen ständig befürchten, durch wirtschaftlich-technische Maßnahmen ihren Arbeitsplatz zu verlieren oder Einkommenseinbußen zu erleiden; dies gilt insbesondere auch im Hinblick auf umweltpolitisch motivierte Maßnahmen; die Unternehmensleitungen können diese Befürchtungen häufig dazu nutzen, die Arbeitnehmer gegen berechnete umweltpolitische Forderungen zu mobilisieren." (S. 19)

Seit der Buschhaus-Entscheidung wissen wir, daß auch namhafte Sozialdemokraten eine solche Mobilisierung vornehmen können. Nicht das Abstimmungsverhalten einiger SPD-Mitglieder im Bundestag, für die Inbetriebnahme von Buschhaus ohne Entschwefelung und mit der CDU/CSU zu stimmen, ist das größte Problem, sondern ihre Begründung, angeblich für Arbeitnehmer und Arbeitsplatzinteressen einzutreten, ist der eigentliche Skandal. Fakt ist, daß Arbeitsplätze im Kohlebereich nur zu sichern sind, wenn dort optimaler Umweltschutz eingehalten wird.

Nicht ohne Grund blockiert die CDU überall im Land eine rationelle und umweltfreundliche Kohlenutzung: die "saubere" Kernenergie soll Wärme-Kraft-Koppelung und Fernwärme mit "dreckiger" Kohle verdrängen. Die Buschhaus-Entscheidung paßt dazu ins Bild: dem mit 1.000 bis 2.000 mg/m<sup>3</sup> Schwefelausstoß bleibt das Kraftwerk zwar eine Dreckschleuder, aber man wird sagen, das sei nun einmal der Preis für Kohlearbeitsplätze.

Ergebnis: ein ideologischer Punktsieg gegen die Kohle, für die Kernenergie. Die Buschhaus-Entscheidung wird mittelfristig weiter Arbeitsplätze im Kohlesektor vernichten helfen! Daher verwundert es auch nicht, wenn diese Entscheidung innerhalb der Gewerkschaften kontrovers diskutiert wird, denn schließlich sind durch Sauren Regen Arbeitsplätze in der Forstwirtschaft zu verlieren und im Metallbereich durch moderne Kohlekraftwerks- und Filtertechnologien Arbeitsplätze zu gewinnen.



Im Umweltprogramm des DGB (1974) heißt es:

"Der Filterbau muß verstärkt werden. Der Einbau von Filtersystemen ist durch Auflagen uneingeschränkt durchzusetzen. Die Industrie muß durch gesetzliche Bestimmungen verpflichtet werden, die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse und technischen Verfahren unverzüglich anzuwenden... Grundsätzlich muß gelten, daß einzelwirtschaftlicher Bestandschutz keine Grenze für umweltpolitisch gebotene Eingriffe sein darf." (S. 52)

Dies ist umso richtiger, desto größer die gesamtwirtschaftlichen Schäden durch Luftbelastung an Umwelt und Gesundheit sind: Sie betragen pro Jahr ein Vielfaches von dem, was an einmaliger Anwendung für die Entschwefelung und Entschäufelung aller Kohlekraftwerke zu bezahlen wäre. Eine "ökologische Modernisierung" des gesamten Kohlesektors würde Arbeitsplätze schaffen und die Umwelt entlasten. Umweltschutz und gesamtwirtschaftliche Kostenrechnungen müssen Vorrang vor einzelwirtschaftlichen Interessen haben.

Dem steht Buschhaus entgegen: Es arbeitet auf Kosten der Allgemeinheit, Kosten, die mit Umwelt- und Gesundheitsschäden teuer bezahlt werden müssen. Man schätzt Gesundheitskosten von circa 100 Milliarden DM durch Luftschadstoffe am Arbeitsplatz und in der Umwelt. Arbeitnehmer in Ballungsräumen sind daher doppelt betroffen: durch Schadstoffe im Betrieb und außerhalb der "Arbeitswelt". Wir brauchen endlich eine neue Ära der Arbeitnehmerpolitik: "Der Schutz der Arbeitnehmer vor Umweltgefahren muß zum Gegenstand gewerkschaftlicher Tarifpolitik werden." (Umweltprogramm des DGB 1974)

Tarifvertraglicher Umweltschutz als Beitrag zum Kampf um Arbeitsplätze! Wann werden Arbeitnehmer Dreck-Schornsteine besetzen und für mehr Umweltschutz zum langfristigen Erhalt ihrer Arbeitsplätze streiken, um beides gegen Wirtschaftsinteressen durchzusetzen?!

Natürlich kann das SPD-Mitglied Adolf Schmidt seine Meinung vertreten und behaupten, die Grünen seien "weder für die SPD noch für den DGB ein Partner", aber ein Konzept für mehr Umweltschutz ist das nicht.

Wenn bisher für manche galt, Sozialpartnerschaft mit Wirtschaftsinteressen gegen die Umwelt einzusetzen, müssen wir einen anderen Weg einschlagen: Sozialpartnerschaft mit der Umwelt gegen Wirtschaftsinteressen. (-/9.8.1984/vo-he/rs)

+ + +

